

Stand: 12.02.2026 23:13:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6221

"AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten: Das Heizungsgesetz abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6221 vom 07.04.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7075 des WI vom 08.05.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 02.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/7733 vom 23.07.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 23.07.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten: Das Heizungsgesetz abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die vollständige und sofortige Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) einzusetzen. Darüber hinaus soll sie sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die EPBD-Novelle (Energy Performance of Buildings Directive) 2024, das Erneuerbare-Energien-Gesetz der EU sowie die EU-Gebäuderichtlinie nicht umgesetzt bzw. eingeführt werden.

Begründung:

CDU/CSU bricht erneut Wahlversprechen: Heizungzwang bleibt

Im Gegensatz zu den meisten Medienberichten plant die CDU/CSU nicht, den Heizungzwang abzuschaffen, der den Austausch funktionierender Öl- und Gasheizungen zugunsten der Wärmewende-Lobby und ausländischer Immobilienfonds vorantreibt. Damit bricht die CDU/CSU neben der versprochenen Grenzschiebung und der Einhaltung der Schuldenbremse ein weiteres zentrales Wahlversprechen, welches die Union von der AfD kopiert hatte (Wahlprogramm von CDU/CSU, 2025, AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2023). Im Verhandlungspapier der Koalitionspartner findet sich seitens der Union lediglich der Wunsch nach einem vermeintlichen „Paradigmenwechsel“ hin zu einer langfristigeren Betrachtung der Emissionseffizienz. Die SPD hält sowieso weiterhin uneingeschränkt am Heizungzwang fest (Verhandlungspapier der CDU/CSU und SPD vom 24.03.2025).

Die Tatsache, dass CDU/CSU das Heizgesetz der Ampelregierung nicht wie ursprünglich versprochen abschaffen werden, wird auch vom Vorsitzenden der Klima-Union bestätigt (Merkur, 2025). Seit der Einführung der Vorgabe zur Einhaltung der Klimaneutralität im Grundgesetz Ende März 2025, hält er eine einfache Abschaffung des GEG für verfassungswidrig. Solange die perfide Vorgabe zur vermeintlichen „Klimaneutralität“ ein im Grundgesetz verankerter Zwang bleibt, kann das Heizgesetz somit bedauerlicherweise nicht einfach abgeschafft werden, sondern müsste durch „wirkungsgleiche“ Maßnahmen ersetzt werden. Eine mögliche Alternative könnte darin bestehen, wieder verstärkt Aufforstungsprojekte zu betreiben, die denselben CO₂-Einsparungseffekt erzielen würden, ohne die belastende Umsetzung des Heizungzwangs.

Heizungzwang und EU-Vorgaben: Strenge Maßnahmen

Laut der Novellierung des GEG von 2023, im Volksmund auch Heizungsgesetz, Heizhammer und Heizungszwang genannt, müssen Neubauten seit Anfang 2024 sofern eine „kommunale Wärmeplanung“ vorliegt, jedoch spätestens ab 2028, zu 65 Prozent mit „erneuerbaren“ nicht-fossilen Energien geheizt werden. Bei der Neuinstallation von Heizungssystemen gilt dieser Umstiegzwang auch für Bestandsbauten spätestens ab 2028. Bundesweit dürfen Eigentümer bis 2045 formell ihre Öl- bzw. Gasheizungen zunächst weiterbetreiben, aber nur so lange, wie der kommunale Versorger Gas liefert.

Die EU-Gebäuderichtlinie (EPBD-Novelle 2024 sowie EU-Energieeffizienzrichtlinie) diktieren, dass alle Neubauten als sog. Nullemissionsgebäude errichtet werden müssen, d. h. ohne Vor-Ort-Kohlenstoffemissionen durch fossile Energieträger – ab dem 1. Januar 2028 für öffentliche Neubauten und ab dem 1. Januar 2030 für alle Neubauten.

Die EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Fit-for-55-Paket, RED III) drängt die Mitgliedstaaten, den Anteil erneuerbarer Energien im Gebäudesektor bis 2030 auf 49 Prozent zu erhöhen – ein vermeintlich „unverbindliches“ Ziel, das dennoch in nationale Vorgaben übersetzt und letztlich durch politische Maßnahmen erzwungen werden darf.

Wasserstoff- und Biomethanversorgung: Unrealistische Alternativen zu Heizöl und Erdgas

Die vom GEG vorgesehene vermeintliche Alternative des Einstiegs in die Wasserstoffversorgung ist für die kommunalen Betreiber keine realistische Variante aufgrund der absehbar langfristigen Unverfügbarkeit von Wasserstoff zu kostengünstigen Preisen (McKinsey, 2021). Die Importkosten für grünes H₂ betragen 32 Cent/kWh, die Gestaltungskosten in Bayern sogar 45 Cent/kWh (Drs. Nr. 18/3528); beides ein Vielfaches höher als der Erdgaspreis für Haushalte ohne CO₂-Bepreisung – 8,8 Cent/kWh (Destatis, 2025). Im Jahr 2022 betrug der Wärmebedarf Bayerns 193 TWh (Drs. 19/208). Davon wurden 0 TWh aus Wasserstoff gedeckt. Laut Staatsregierung wird die heimische Produktion von grünem Wasserstoff in 2030 maximal 3,5 TWh betragen – nur 1,8 Prozent des Bedarfs. Zudem fehlt es immer noch komplett an der dafür notwendigen Infrastruktur aus H₂-kompatiblen Rohrleitungen und Speichern (Drs. 18/25168). Auch die realistischere Variante der Einspeisung von heimischem Biomethan, dessen Einspeisungskapazität in Bayern im Jahr 2022 bei nur 1,3 TWh lag (0,7 Prozent des theoretischen Wärmebedarfs), wird ohne entsprechende ordnungspolitische Weichenstellung keine für die kommunalen Wärmeversorger betriebswirtschaftlich darstellbare Alternative sein (Drs. Nr. 18/23709).

Zwangsumstellung auf Wärmepumpen und Fernwärme: Hohe Kosten und wirtschaftliche Belastungen für Bayern

Bayernweit heizen 75,5 Prozent der Bürger mit Öl oder Gas, sind somit zur kostspieligen Umstellung auf hauptsächlich Fernwärme oder Wärmepumpe gezwungen. Nur 5,8 Prozent der bayerischen Wohnungen und 10,4 Prozent der Wohngebäude werden mit Fernwärme beheizt (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, 2024).

Die Zwangsinstallation einer Wärmepumpe kostet den durchschnittlichen deutschen Haushalt zwischen 80.000 und 100.000 Euro. Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie wird der geplante Zwangsaustausch von Heizsystemen die deutsche Wirtschaft bis 2045 über 2.500 Mrd. Euro kosten, was einem Verlust von knapp zwei Dritteln der heimischen Wirtschaftsleistung entspräche.

Ineffiziente „Wärmewende“: Fernwärme und Wärmepumpen übertreffen CO₂-Emissionen von Gasheizungen

Zudem sind Fernwärme und Wärmepumpen ineffizient. Der durchschnittliche Netzverlust von Fernwärme beträgt 16,6 Prozent (Deutsche Umwelthilfe), bei Erdgas liegt der Transportverlust im Durchschnitt bei nur 0,2 Prozent (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages). Der durchschnittliche Wirkungsgrad einer Gasheizung liegt bei 92,3 Prozent (thermondo), der einer Wärmepumpe bei 73,1 Prozent (Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP). Die gesamte Widersprüchlichkeit der erzwungenen Wärmewende zeigt sich auch daran, dass unter dem jetzigen Energiemix weder Fernwärme noch die Wärmepumpe „klimaneutral“ sind. Im Jahr 2023 wurde Fernwärme in Deutschland zu 63 Prozent aus fossilen Energiequellen erzeugt (dena) und Strom zu 41,5 Prozent (Destatis). Deshalb stoßt eine Wärmepumpe durchschnittlich mehr CO₂ aus als eine Gasheizung (Tech for Future, 2024).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/6221

AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten: Das Heizungsgesetz abschaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Martin Mittag**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 8. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Kerstin Schreyer
Stellvertretende Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind sämtliche Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4, Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Forschungsoffensive für Altersforschung auf den Weg bringen!
Drs. 19/5945, 19/7022 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Börtl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Geld für Start-ups –
Stiftungen als Kapitalgeber für Start-ups gewinnen
Drs. 19/5951, 19/7106 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsorientiert reformieren I:
Angekündigten Bürokratieabbau umsetzen
Drs. 19/5972, 19/7107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

A

A

A

Z

Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren II:
Bau- und Sanierungsvorhaben dauerhaft aus dem
Kulturfonds Kunst herausnehmen und eigenen Kulturfonds Bau-
und Sanierungsvorhaben schaffen
Drs. 19/5973, 19/7108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren III:
Kommunen beherzt unter die Arme greifen!
Eigenanteil der Kulturförderung auf ein realistisches Maß setzen.
Drs. 19/5974, 19/7116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren IV:
gedeckelte Öffnung für München und Nürnberg
Drs. 19/5975, 19/7117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsorientiert reformieren V:
Jury für Kulturfonds-Vergaben einberufen
Drs. 19/5976, 19/7118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Anwerbung und Integration US-amerikanischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Drs. 19/5980, 19/7023 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannenkämper,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Guttenberger u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Struktur der Provenienzforschung
Drs. 19/5981, 19/7024 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulgesundheitsfachkräfte in Bayerns Schulen möglich machen –
für unsere Kinder und Jugendlichen und eine Entlastung der Lehrkräfte
Drs. 19/6004, 19/7098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganztagshelden: Mehr Stunden für Schulleitungen, mehr Chancen für Kinder
Drs. 19/6007, 19/7099 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Auflagen für technische Innovationen in der Landwirtschaft aus dem Weg räumen!
Drs. 19/6008, 19/7093 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüttig, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digitaler Unterricht
Drs. 19/6033, 19/7100 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landwirte unterstützen – Wärmeplatten zur Komposterzeugung fördern
Drs. 19/6040, 19/7094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	[ENTH]	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten:
Technologie-Start-ups stärker fördern!
Drs. 19/6047, 19/7095 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Bericht
zum Stand der Gesetzgebung im Hinblick auf neue Technologien.
Drs. 19/6096, 19/7096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU-Weidepflicht für Biobetriebe –
Druck rausnehmen, Übergangsfristen verlängern
Drs. 19/6171, 19/7030 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nein zum E-Rechnungszwang –
Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung!
Drs. 19/6190, 19/7119 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische KMU entlasten: Kassenbonzwang endlich abschaffen!
Drs. 19/6220, 19/7120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Das Heizungsgesetz abschaffen!
Drs. 19/6221, 19/7075 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Reform des Widerrufsrechts im Verbraucherrecht
zur Entlastung des Handwerks
Drs. 19/6223, 19/7076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Linke Agitation beenden: Freiheit der Lehre an bayerischen Hochschulen schützen!
Drs. 19/6243, 19/7025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Weg frei für faire und gerechte Lösungen: klare gesetzliche Regelung für Restitutionen auch in Bayerns Haushaltsrecht schaffen
Drs. 19/6244, 19/7026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU) Beschleunigter Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien: Verlängerung der EU-Notfallverordnung und schnelle Umsetzung der RED III in nationales Recht
Drs. 19/6246, 19/7077 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD) Flächendeckende Mobilfunkversorgung als Grundlage für digitale Anwendungen in den Bereichen Tierwohl und Pflanzenschutz anerkennen: Jetzt Sachstand ermitteln!
Drs. 19/6247, 19/7078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
#OhneFachkräfteKeineTeilhabe –
Für mehr Fachkräfte in der Eingliederungshilfe sowie
in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/6254, 19/7063 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm zu Rodung und Zwischennutzung von Weinbergen
Drs. 19/6330, 19/7097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwimmunterricht stärken –
Sicherheit gewährleisten, Lehrkräfte entlasten
Drs. 19/6332, 19/7102 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gezielte Förderung statt Einheitsbrei:
Bayerischer Sozialindex für faire Bildungschancen
Drs. 19/6333, 19/7101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Organisationsversagen in staatlichen bayerischen Kulturinstitutionen nicht weiter hinnehmen: Governance verankern, Missbrauch verhindern
Drs. 19/6341, 19/7027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand der Umsetzung von schulischen Schutzkonzepten zur Vorbeugung und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt
Drs. 19/6342, 19/7103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Datenerfassung an bayerischen Schulen zur individuellen Lernzeitverkürzung (ILV) am neunjährigen Gymnasium (G9)
Drs. 19/6346, 19/7104 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Unterstützung für Senioren in Bayern:
Kostenloses Mittagessen in Kantinen staatlicher Einrichtungen
Drs. 19/6398, 19/7040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Lilium-Pleite: Kein Start-up-Desaster auf dem Rücken der Beschäftigten!
Drs. 19/6403, 19/7079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Unterstützung für Eltern und Lehrkräfte, Bildungsteilhabe für Kinder in Bayern: Einführung von Schulgesundheitsfachkräften
Drs. 19/6409, 19/7105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

36. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ausnahmen von der Weidepflicht zulassen
Drs. 19/6450, 19/7031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg:
Kein Solidaritätsakt für Mordversuche!
Drs. 19/6458, 19/7111 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherung des Automobilstandorts Bayern: Grundlagen für eine strategische Wirtschaftspolitik im Freistaat schaffen!
Drs. 19/6491, 19/7080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

39. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Wahrheitsministerium“ verhindern!
Drs. 19/6496, 19/7028 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Erhebung von Klimadaten in Bayern
Drs. 19/6514, 19/7049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

41. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Regelung im Kommunalabgabengesetz schaffen – keine Straßenerschließungskosten für vorhandene Straßenprovisorien!
Drs. 19/6518, 19/7059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
„Gecancelte“ Lesung: „Cancel Culture“ endlich bekämpfen!
Drs. 19/6521, 19/7110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Einführung einer Digitalsteuer nach dem Marktlandprinzip –
Faire Besteuerung digitaler Großkonzerne in Deutschland
Drs. 19/6541, 19/7121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU
Starke Hilfsorganisationen für ein resilientes Bayern:
Einsatzfähigkeit in allen Einsatzlagen sicherstellen!
Drs. 19/6561, 19/7061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strategie gegen Wissenschaftsspionage und den unerwünschten Abfluss von Technologie, Daten, Forschungsergebnissen und Wissen aus der bayerischen Wissenschaft
Drs. 19/6579, 19/7109 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Planungsstand und Gesamtstrategie
der Baumaßnahmen an den Universitätskliniken
Drs. 19/6587, 19/7122 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD





Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/6221, 19/7075

**AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Das Heizungsgesetz abschaffen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian Köhler

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Oskar Lipp

Abg. Martin Behringer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Andreas Jurca

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten: Das Heizungsgesetz abschaffen! (Drs. 19/6221)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Florian Köhler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in Ihrem gemütlichen Zuhause, das Sie mit harter Arbeit aufgebaut haben, und plötzlich klopft der Staat an die Tür, und zwar nicht mit einem Blumenstrauß, sondern mit einer Rechnung über mehrere Tausend Euro. Warum? – Weil Berlin und Brüssel den Bürgern vorschreiben wollen, wie sie heizen dürfen. Das Heizgesetz, dieses Monster aus Ideologie und Bürokratie, muss weg, und zwar sofort und vollständig.

(Beifall bei der AfD)

Das ist die klare Forderung der AfD. Das Gebäudeenergiegesetz auf Bundesebene muss abgeschafft werden. Es braucht Widerstand gegen die EU-Diktate wie die EPBD-Novelle, RED III und die Gebäuderichtlinie. Auf gut Deutsch: Abschaffen für Deutschland, keine Heizungswänge durch die Hintertür – weder aus Berlin noch aus Brüssel.

Aber schauen wir uns mal die leeren Versprechungen einer bundespolitischen Kleinstpartei an. Was hat die CSU vor der letzten Bundestagswahl groß rumgetötet? Sie sagten: "Wir schaffen das Heizungsgesetz ab."

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sie haben sogar online eine Kampagne mit dem Titel "Heizungspläne stoppen" gestartet, die immer noch unter www.csu.de abrufbar ist. Dort steht: "Lassen Sie sich nicht von der Ampel kalt stellen! Gegen die Ampel-Heizungspläne". Ich hoffe, Sie können sich wenigstens daran noch erinnern, wenn Sie sich schon nicht mehr an Ihre leeren Versprechungen erinnern können.

Was kommt jetzt? – Weichgespülte Reförmchen. Das ist die viel versprochene Politikwende, von der immer die Rede ist. Dabei halten die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche von der CDU und die Bauministerin Verena Hubertz von der SPD klar an der 65-Prozent-Regel fest. Der Heizungszwang bleibt also doch.

Wenn man den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD durchliest, stellt man fest, er ist eher ein bisschen Kosmetik statt eines Systemwechsels. Sie haben das Versprechen, das Heizungsgesetz zu stoppen, mal wieder von der AfD abgekupfert und brechen es jetzt. Auch das ist uns schon bekannt. Das ist ein Wiederholungsfall. Das ist Verrat am Wähler.

Die Union lügt letztendlich, um an der Macht zu bleiben. Im Ausschuss wurde mir ernsthaft entgegengehalten, der Antrag lasse die Sacharbeit und Lösungsansätze vermissen. Des Weiteren sehe der Koalitionsvertrag die Abschaffung des Heizungsgesetzes vor. Genau dabei wird getarnt, getrickst und getäuscht. Sie wissen ganz genau, warum eine nationale Abschaffung allein nichts bringen wird, nämlich weil die EU uns am Ende dazu zwingt. Sie diktiert uns das. Selbst wenn Sie auf Bundesebene das Gebäudeenergiegesetz kippen, zwingt uns Brüssel ab 2028 für öffentliche und ab 2030 für private Neubauten zu emissionsfreien Gebäuden – das alles ohne fossile Heizungen. RED III verlangt im Gebäudesektor 49 % erneuerbare Energien – erzwungen durch Strafen und Verbote. Das ist Wählertäuschung, was Sie machen. Das ist pure Heuchelei.

Eines ist nach Ihren vielen gebrochenen Wahlversprechen auch klar: Wenn meine Partei gesichert rechtsextremistisch sein soll, dann sind Sie auf jeden Fall gesichert unglaublich, liebe CSU.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Lieber unglaublich als rechtsextremistisch!)

Die Zwangsumrüstung ist technisch ein Albtraum und finanziell eine reine Katastrophe. Sie ist ruinös für jeden Eigenheimbesitzer. Dann steht unter anderem noch der Rückbau von Gasanschlüssen bevor. Allein das kostet jeden Haushalt noch einmal bis zu 5.000 Euro. Sogar der Zentralverband Sanitär Heizung Klima, SHK, fordert eine Rückkehr zu einer bezahlbaren Gasheizung. Ihre Energiepolitik ist nun mal kein Fortschritt, sondern die Zerstörung unseres Wohlstandes in unserem Land.

Wenn man sich die ganze Wärmewende näher anschaut, stellt man fest: Sie ist praxisfern, ineffizient und teuer. Nehmen wir beispielsweise die Fernwärme. Sie verliert allein 16,6 % im Netz. Wärmepumpen haben einen Wirkungsgrad von gerade einmal 73 %, während moderne Gasheizungen über 92 % erreichen. Das muss man normal denkenden Bürgern und Normalverdienern erst einmal erklären: Du darfst keine Gasheizung in deinem Haus einbauen; aber wir als Regierung bauen im Wert von 20 Gigawatt neue Gaskraftwerke. Das kann man einem normal denkenden Bürger nicht verkaufen. Genau diese Politik, dieser Klimahype, macht die Bürger und unser Land arm.

Am Ende sind es die Regierung und die EU, die diese Enteignung durch die Hintertür betreiben. Eigentümer verlieren bis zum Jahr 2050 geschätzt 17 Milliarden Euro an Immobilienwerten, weil sie sich die Sanierungen nicht leisten können. Der Umbau kostet 1,5 Billionen Euro. Das sind 1,2 % des jährlichen Bruttoinlandsproduktes.

(Zurufe der Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) und Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Dabei hilft auch keine Forderung durch den Steuertopf weiter. Auch dieses Geld muss erst einmal verdient werden.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Die AfD hält, was die CSU verspricht. Wer etwas ändern will, der muss unseren Antrag unterstützen. Wir schützen unsere Bürger vor ideologischen Verboten, Milliardenkosten und realitätsfremden Vorgaben. Die CSU muss sich entscheiden: mittragen in Berlin oder Versprechen halten in Bayern. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Benjamin Miskowitsch für die CSU-Fraktion.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag wurde am 8. Mai 2025 im Wirtschaftsausschuss beraten. Seitdem gibt es keine neuen Erkenntnisse. Deswegen lehnen wir ihn auch heute ab. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne AfD-freie Sommerpause.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! Eine sehr gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD wurde im Wirtschaftsausschuss beraten und enthält eine ganze Reihe von Unwahrheiten. Er enthält eigentlich fast nur Unwahrheiten, die der Kollege vorgestellt hat.

(Ferdinand Mang (AfD): Welche?)

Zum Beispiel hat eine Wärmepumpe eine Jahresarbeitszahl von vier. Sie sagen aber, sie wäre schlechter als eine Gasheizung. Ich denke, Sie alle haben Gasheizungen.

(Florian Köhler (AfD): Ölheizung!)

Sie werden alle in diese Kostenfalle laufen. Eine moderne Wärmepumpe ist die effizienteste und günstigste Form einer Beheizung. Das können Sie bei VERIVOX und in zahlreichen Studien nachlesen.

Herr Miskowitsch, im Ausschuss haben wir schon darüber diskutiert, was im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD steht, nämlich der Satz: Das Heizungsgesetz werden wir abschaffen. – Zwei Zeilen weiter heißt es: Die Förderung für Sanierung und Heizungstausch werden wir beibehalten. – Dazu muss ich sagen: Hier werden die Bürgerinnen und Bürger an der Nase herumgeführt. Sie haben den ganzen Wahlkampf mit der Behauptung bestritten, dass das Heizungsgesetz so schlimm sei.

Jetzt wird etwas abgeschafft, was es gar nicht gibt; denn es gibt kein Heizungsgesetz. Es gibt das Gebäudeenergiegesetz. Der Kern des Gebäudeenergiegesetzes besteht darin, dass eine alte Öl- oder Gasheizung nicht durch eine neue Öl- oder Gasheizung ersetzt werden soll, sondern durch eine umweltfreundliche Heizung.

Dieser Kern des Gesetzes wird hoffentlich beibehalten. Sie haben aber die Bürgerinnen und Bürger mit Ihrem Bashing gegen das Heizungsgesetz, das es so gar nicht gibt, an der Nase herumgeführt. Stattdessen haben Sie in Bayern einseitig auf Wasserstoff gesetzt. Wirtschaftsminister Aiwanger hat es im Jahr 2024 geschafft, 95 % der Fördermittel für Wasserstoff auszugeben, aber nur 1 % für Windkraft, 1 % für PV, 1 % für Solarthermie. Alles fließt in den Wasserstoff. Das ist eine völlig falsche Politik.

Sie müssen sich selbst einmal fragen, wo Sie beim Gebäudesektor hinwollen. Den Antrag der AfD lehnen wir natürlich ab, aber auch die Wärmepolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Lipp von der AfD-Fraktion vor.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Stümpfig, zunächst einmal eine Frage: Wo wollen Sie denn im Winter den Strom für die ganzen Wärmepumpen hernehmen? Was ist mit unserer Industrie? Sollen wir die Industrie im Winter herunterfahren?

Außerdem möchte ich Ihnen noch eine ganze Minute Redezeit schenken. Vielleicht wollen Sie uns noch ein bisschen über die CSU aufklären. Sie haben Ihre Redezeit leider nicht dafür genutzt, um zu unserem Antrag vor diesem Hohen Hause Stellung zu nehmen. Deshalb schenke ich Ihnen noch einmal sechzig Sekunden.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir haben den Antrag im Ausschuss ausführlich behandelt. Es macht keinen Sinn, uns dadurch die Zeit zu stehlen, dass Sie heute zwölf oder fünfzehn Anträge hochgezogen haben. Was Sie hier machen, ist wirklich das Stehlen von Lebenszeit. Wir kommen hier keinen Schritt weiter. In Ihrem Antrag stehen lauter Falschbehauptungen. Darum muss ich sagen: Es lohnt sich einfach nicht, darüber zu verhandeln.

Wärmepumpen im Winter: Ja, wir haben in Bayern eine Winterstromlücke. Diese ist aber selbstverschuldet durch die 10-H-Regelung.

(Michael Hofmann (CSU): Hören Sie doch endlich damit auf! Sie haben offensichtlich keine Ahnung von Windpotenzialen!)

– Natürlich, Herr Hofmann. Hätten wir von vornherein gesagt, das flächengrößte Bundesland nutzt sein Potenzial, dann hätten wir nicht die Situation, in die Sie uns reingetrieben haben. Wir können aber durch einen jetzigen Ausbau der Stromnetze und der Windkraft auch im Winter ausreichend Strom erzeugen. Die Wärmepumpen sind hocheffizient. Sie brauchen gar nicht so viel Strom. Das ist ihr großer Vorteil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig.

– Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Köhler, auch wenn Sie diesen Antrag ins Plenum hochgezogen haben, wird er dadurch nicht besser. Er bleibt populistisch und ist einfach schlecht gemacht. Mich verwundert immer wieder, dass Sie nur das Gas ins Spiel bringen. Anscheinend müssen Sie immer wieder Ihren Förderer und Freund Putin bedienen, damit er sein schönes Gas verkaufen kann. Wir werden diesen Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Behringer.

– Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Mit einer Wärmepumpe kann man aus einer Kilowattstunde Strom drei bis vier Kilowattstunden Wärme machen. Deswegen empfehlen die meisten Installateure den Einbau von Wärmepumpen. Ich bin mir sicher, dass der eine oder andere AfD-Abgeordnete in Wirklichkeit schon längst eine Wärmepumpe hat, wie das damals auch bei der Photovoltaik der Fall gewesen ist.

Das zeigt: Diese ganze Debatte ist nur der Versuch der AfD, die Leute zu verunsichern und Propaganda für ihre durchsichtigen Ziele zu machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Jurca von der AfD vor. Herr Köhler, damit ist Ihre Meldung zu einer Zwischenbemerkung hinfällig. Bitte, Herr Jurca.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Kollege von Brunn, ich versuche einmal, das Positive zu sehen, das Sie mit diesem Heizungsgesetz initiiert haben. Da gibt es durchaus etwas Positives. Eigentlich ist dieses Gesetz das größte Klimaanlagen-Subventionsprogramm Deutschlands. So eine Wärmepumpe ist ja nichts anderes als eine umgedrehte Klimaanlage, die auch so genutzt werden kann. Ich frage Sie: Wie können Sie das mit Ihrem Nachhaltigkeitsgedanken vereinbaren?

Florian von Brunn (SPD): Ich glaube, Ihre Liebe für russisches Gas ist das größte Aufrüstungsfinanzierungsprogramm für Putin. Wie können Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren?

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmehaltung? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.